

Chapter Title: Einleitung

Book Title: Autonomie und Kalkulation

Book Subtitle: Zur Praxis gesellschaftlicher Ökonomisierung im Gesundheits- und Krankenhauswesen

Book Author(s): Kaspar Molzberger

Published by: transcript Verlag. (2020)

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/j.ctv371bs82.6>

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



This book is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License (CC BY 4.0). To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Funding is provided by Charité Berlin.



JSTOR

transcript Verlag is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Autonomie und Kalkulation*

1. Einleitung

»economization«. This term is used to denote the processes that constitute the behaviours, organizations, institutions and, more generally, the objects in a particular society which are tentatively and often controversially qualified, by scholars and/or lay people, as »economic«. (Çalışkan/Callon 2009: 370)

Das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft ist in westlichen Gesellschaften heute umstrittener denn je. Die Rede von einer um sich greifenden *Ökonomisierung der Gesellschaft* sorgt seit den 1990er Jahren zunehmend für politisches Aufsehen und fachliche Kontroversen in den Sozialwissenschaften. Nicht selten wird in einschlägigen Diskursen ausgehend von »neoliberalen Reformen« und der dort propagierten Einführung von Wettbewerbs- und Tauschmechanismen des Marktes ein Abgesang auf die Prinzipien und Errungenschaften des westlichen Wohlfahrts- und Sozialstaates angestimmt (vgl. etwa Bode 2004; Harvey 2005; Lessenich 2008). Im Diskurs gelangen so einerseits die inneren Umwälzungen einer kapitalistischen Produktionsweise in den Blick, unter deren Eindruck Gesellschaften mit einer egalitären Umverteilungspolitik Anpassungsleistungen vollziehen.

Andererseits ist das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft unter dem Banner des »Ökonomismus« schon wesentlich länger Gegenstand kontroverser Diskussionen (siehe Kirchgäsner 1997 für einen Überblick). Ökonomismus verweist im dortigen Diskurs allen voran auf eine Kritik am wissenschaftstheoretischen Korsett einer als Orthodoxie verstandenen »neoklassischen« Wirtschaftswissenschaft, die sich nach dem Vorbild einer wertneutralen und objektiven Naturwissenschaft geriert und den Mainstream des Fachs repräsentiert (siehe bereits die Kritik am »Modellplatonismus« derselben bei Albert (1971 [1963])).¹ Sowohl die modelltheoretischen Grundannahmen und Instrumente der Disziplin als auch deren *Übertragung*

1 Die neoklassische Wirtschaftstheorie wird im Folgenden auch synonym als Neoklassik, Mainstream-Ökonomik oder wirtschaftswissenschaftlicher Mainstream bezeichnet.

auf gesellschaftliche Vorgänge und Bereiche, die bislang nicht-marktbasierten Koordinationsmechanismen unterlagen, stehen im Vordergrund der Auseinandersetzungen.²

Die Ausdauer der Kontroversen deutet aber schon an, dass sich der sozialwissenschaftliche Common Sense lediglich einig darin ist, ausgesprochen uneins zu sein, wenn es um die genauere Konturierung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft geht. Dies zeigt sich auch am Begriff der Ökonomisierung, der insbesondere die Frage aufwirft, wie die Zusammenhänge zwischen Politik, Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft theoretisch zu beschreiben sind. Die vorliegende Arbeit entwickelt hierauf eine wirtschaftssoziologische Perspektive, die davon ausgeht, dass Diskussionen um eine gesellschaftliche Ökonomisierung nicht bloss auf unterschiedliche politische Strategien oder wirtschaftliche Interessen zurückgehen, sondern tieferliegende erkenntnis- und sozialtheoretische Gründe mit sich führen. Die Kontroversen lassen sich zu großen Teilen – so die zentrale, zu entwickelnde These der Arbeit – mit der Akzentuierung dessen erklären, was als *Definitionsmasse des Ökonomischen* jeweils veranschlagt wird.

Aus wirtschaftssoziologischer Perspektive stellt sich bei der Betrachtung ökonomischer Sachverhalte folgende Gretchenfrage: Lässt sich das Ökonomische, wie von der neoklassischen Wirtschaftstheorie im Anschluss an ihr naturwissenschaftliches Selbstverständnis insinuiert, wertneutral und objektiv *von außen* erfassen? Ist es Ausdruck der Eigengesetzlichkeiten des Marktes und existiert somit losgelöst von einer gesellschaftlichen Sphäre? Oder fungieren die *Modellrechnungen* der Ökonomik eher als *normative Vorgaben*, die zur Entstehung des Ökonomischen – einer auf Preissignalen basierenden Marktwirtschaft und rational entscheidender, nutzenmaximierender Verhaltensweisen des *homo oeconomicus* – erst wesentlich beitragen? Die Ökonomik würde sich in dieser Lesart folglich über den Realitätsbezug ihrer eigenen Modellvariablen täuschen, wenn sie die Elemente des Ökonomischen als gegebene Variablen einer Nutzenfunktion einfach voraussetzte. Handelt es sich bei der neoklassischen Wirtschaftstheorie also um objektive Naturwissenschaft, die vermittelt mathematischer Modelle wissenschaftlichen Zugang zu einem von menschlicher Anschauung und gesellschaftlichen Werten *unabhängigen* Objekt besitzt? Oder erscheint dies im Gegenteil eher als eine produktive Selbsttäuschung und letztlich normative Theoriebildung? Hinter diesen Fragen verbirgt sich eine grundlegende erkenntnistheoretische Unsicherheit über die Natur des Ökonomischen, der im Gang der Argumentation besondere Aufmerksamkeit zukommt (vgl.

2 Insbesondere zwei Modelle werden hier kritisiert: das »Marktmodell«, das den Markt als effizienten, auf ein Gleichgewicht hinstrebenden Koordinationsmechanismus unter Optimalitätsbedingungen beschreibt und das Verhaltensmodell und Menschenbild des stets rational kalkulierenden, präferenzstabilen und nutzenmaximierenden homo oeconomicus. Siehe hierzu etwa Hodgson (2012).

Backhouse 2010; Beckert 2012; Bourdieu 2005; Çalışkan/Callon 2009, 2010; Latour 2014; Latour/Lepinay 2010; MacKenzie et al. 2007; Priddat 2013; Vogd 2016a).

Verfolgt man die These einer normativen Theoriebildung der Neoklassik weiter, erscheint es auch fraglich, den Untersuchungsgegenstand von Wirtschaftstheorien wie von Ökonomisierungsvorgängen in rein *ökonomischen* Faktoren (marktwirtschaftlichen Transaktionen auf Grundlage nutzenmaximierender Kalküle von Individuen und Preissignalen) aufgehen zu lassen. Vielmehr weisen diese Faktoren dann über den *Reduktionismus der Ökonomik* hinaus. Sie führen die ökonomische Forschung mitten hinein in gesellschaftliche Auseinandersetzungen über soziale Werte, Autonomien, Ziele, Regeln und Macht, von denen die *ökonomische Rationalität*, wie sie die neoklassische Wirtschaftstheorie entwirft, letztlich abhängt und zehrt. Aus dieser Sichtweise begeht die Mainstream-Ökonomik den Kardinalfehler, so zu tun, als ob von *wertgeleiteten* Bedingungen in der Gesellschaft einfach abstrahiert werden könne, dadurch aber erst recht versäumt wird, »Normen einen angemessenen Platz einzuräumen« (Beckert 2012: 247). In der vorliegenden Arbeit wird daraufhin argumentiert, dass *autonome Wertbezüge* in der Gesellschaft Ausgangs- und ständige Referenzpunkte für die hiervon getrennten ökonomischen *Kalkulationen* sind und somit auch für Ökonomisierungsprozesse instruktiv erscheinen.

Um diesen Umstand zu adressieren, wird insbesondere auf den differenztheoretischen Vorschlag zum Begriff der Ökonomisierung von Bruno Latour (2014) zurückgegriffen. All das, was die neoklassischen Wirtschaftswissenschaften in Form von Modellvariablen und Nutzenfunktionen einfach als abstrakt gegebene *Rechengrößen* voraussetzen und von denen sie annehmen, sie gestatteten ihnen einen objektiven wissenschaftlichen Zugang zu wirtschaftlichen Tatsachen, fasst Latour als *Performanz*, als praktische Hervorbringung von *Recheninstrumenten*. Er rekonstruiert das *Ökonomische* daraufhin als kontinuierlichen *Prozess der Ökonomisierung*, der durch drei autonome »Existenzweisen« immer wieder von Neuem hervorgebracht wird.³ Der analytische Blick richtet sich im erkenntnistheoretischen Sinne auf die

3 Die drei Existenzweisen bezeichnet Latour als »leidenschaftliche Interessen« der Bindung, abgekürzt mit [BIN], moralische Skrupel des Rechnens, [MOR], und organisationale Skripte, [ORG], als projektförmige Handlungsziele in Organisationen. Mit den drei Existenzweisen will Latour auf typische Abstraktionen der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften hinweisen, die er als Ausdruck eines westlichen Rationalismus versteht und den er als Doppelklick [DK] bezeichnet. Im Sinne einer ökonomischen Anthropologie will er zurück zu der Frage, wie wissenschaftliche Beschreibungen des Ökonomischen wieder stärker an die Praxis des Ökonomoschen zurückgeführt werden können. [BIN] beschreibt dann die Übersetzung von qualitativen Wertigkeiten (Valenzen) in quantitative Werte (Äquivalenzen), womit Berechnungsinstrumente und Leidenschaften der Menschen, die Güter ihr Eigen nennen möchten, aneinandergebunden werden. Mit [MOR] stellt Latour das Ökonomische als wertbezogene, moralische Tätigkeit dar, wenn er die Frage, ob man die Verteilung von Mittel auf Zwecke richtig berechnet hat, als moralische Erfahrung ausmacht. Organisationale Skripte wiederum erzeugen keine – wie oft unterstellt – maschinenhafte Rationalität, sondern stets

»ökonomische Materie«, die er nicht als Ausdruck präferenzstabiler, »kühl« kalkulierender Agenturen einer ökonomischen Rationalität versteht, sondern in fragilen, unkämpften und widersprüchlichen sozio-technischen Artikulations- und Übersetzungsprozessen ausmacht.

Das Ökonomische ist in dieser Perspektive kein eigengesetzlicher Rechenkomplex aus individuellen Nutzenkalkülen und preisgesteuerten Marktmechanismen, sondern ein Prozess, der affektiv-emotionale Erfahrungen und körperbezogene Zustände, normative bzw. moralische Werthaltungen, Organisationen, institutionelle Arrangements und die Objekte der Ökonomisierung, Zahlen und Recheninstrumente, zusammenbindet. Bezug nehmend auf das Eingangszitat von Çalışkan/Callon (2009) wird damit auf ein Verständnis von Ökonomisierung abgestellt, das nicht nur gesellschaftstheoretische Überlegungen anstellt, sondern in *praxis-theoretischer* Perspektive auf unterschiedliche Beobachtungs- bzw. Analyseebenen rekurriert und diese empirisch untersucht. Der Blick wird insbesondere auf Organisationen gerichtet, da hier – so eine weitere zentrale These – in der Hauptsache verhandelt wird, wie der Prozess der Ökonomisierung letztlich in die Tat umgesetzt wird (vgl. Bode 2010; Kette 2019; Vogd 2011a).

Um der skizzierten Programmatik nachzugehen, liegt es forschungspragmatisch nahe, sich auf einen Bereich der Gesellschaft zu beschränken, der seit längerer Zeit mit dem Begriff der Ökonomisierung in Verbindung gebracht wird. Der empirische Blick der vorliegenden Arbeit richtet sich folglich auf den Gesundheits- und Krankenhaussektor. Der Sektor galt lange Zeit als Einrichtung der sozialen Daseinsvorsorge, der von einer *wohlfahrtsstaatlichen* Ausrichtung und der Dominanz einer mit ausgeprägter *Handlungsautonomie* versehenen medizinischen Profession gekennzeichnet war (Freidson 1975a). Seit den 1990er Jahren sind aber auch hier von politischer Seite massive Sparmaßnahmen und Anforderungen an eine effizientere Leistungserbringung auferlegt worden. Mit dem Aufstieg gesundheitsökonomischer Rechendisziplinen⁴ seit den 1980er Jahren hat daraufhin eine neue Rationalität Einzug in das Krankenhaus gehalten, deren Verhältnis zur medizinischen

nur temporäre Ordnungen, die sich gegenseitig immer wieder desorganisieren und so neue Projekte, Handlungsbeschreibungen und Entscheidungen in Organisationen nötig machen. Latours Entwurf und die vier Existenzweisen werden unter 3.4 ausführlich besprochen.

4 Hierunter fallen insbesondere die neoklassisch ausgerichtete Gesundheitsökonomie, die Public Health-Forschung und Epidemiologie sowie neuere Managementinstrumente der Krankenhausbetriebswirtschaft und das dazugehörige kaufmännische und medizinische Controlling. Hierzu mehr unter 4.2.2 und 4.2.3.

Rationalität und dem professionellen Kodex der Ärzt*innen⁵ prekär erscheint (vgl. Simon 2000a).

Da der medizinische Professionalismus aber weiterhin (allein schon rechtlich) als gesetzt gilt, ist das zeitgenössische Krankenhaus von einer *ausgeprägten Spannung zwischen den beiden Rationalitäten*, zwischen der professionellen Handlungsautonomie der Ärzt*innen einerseits und den neuen ökonomischen Kalkulationsinstrumenten andererseits, durchzogen, die nur auf einer *praktischen Ebene* bearbeitet werden kann (vgl. Bode/Vogd 2016).⁶ Vermittels einer praxistheoretischen Perspektive sind dann auch besondere empirische Erkenntnisse und theoretische Rückschlüsse für gesellschaftliche Ökonomisierungsvorgänge in Krankenhäusern und in allgemeiner Hinsicht zu erwarten. Die vorliegende Arbeit erschließt Ökonomisierung daraufhin als organisationalen Prozess, in dem autonomiebasierte, professionelle Praktiken von Ärzt*innen und gesundheitsökonomische Zahlen, Recheninstrumente und -vorgänge unablässig aufeinander bezogen werden. Gesellschaftliche Ökonomisierung lässt sich so als das *Verhältnis von Autonomie und Kalkulation* begreifen, das jeweils mit Blick auf eine soziale Praxis in Organisationen zu fassen ist.

5 Im Folgenden wird zwecks geschlechtergerechter Sprache das Gender-Sternchen verwendet, wenn Substantive und Pronomen individueller und gruppenbezogener Akteur*innen bezeichnet werden. Teilweise wird auch auf neutrale Formulierungen zurückgegriffen. Organisationen wie Krankenhäuser oder -träger werden hingegen nicht gegendert.

6 Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf die professionelle Handlungsautonomie von Ärzt*innen und nicht auf das, was Pflegekräfte leisten, obwohl diese auch einen erheblichen Anteil an der professionellen Patientenversorgung in Krankenhäusern haben. Allerdings stellt die Untersuchung auf eine Analyse der Effekte der neuen Rechenpraktiken und -instrumente ab, die insbesondere medizinische Diagnosen und Therapien in Wert setzen und weniger auf die Vergütung pflegerischer Leistungen abzielen, diese nur extra (in Form von Pflegekomplexpauschalen, PKMS) vergüten, wenn sie einen besonderen Aufwand indizieren. Dies hängt mit der Vergütungssystematik der DRG zusammen, die unter 4.2.2. ausführlich erläutert wird. Insofern wird der blinde Fleck der Finanzierungs- und Steuerungsarchitektur des modernen Krankenhauswesens übernommen, der ja schon einiges darüber offenbart, welche Wertschätzung pflegerischen Tätigkeiten in Krankenhäusern zugesprochen wird. Dieser impliziten Haltung soll aber ausdrücklich widersprochen und vielmehr auf die Arbeit von Mohan (2018) verwiesen werden, die sich pflegerischem Handeln unter den skizzierten Bedingungen ausgiebig widmet. Siehe ferner Vogd et al. (2018) und Wolf/Ostermann (2019) für eine Analyse der Rolle von Pflegedirektionen in Krankenhausleitungen.

1.1 Gesellschaft und Kalkulation – Ökonomisierung im Lichte von Zahlen und Rechenpraktiken

»It's much harder to say where the economics profession goes from here. But what's almost certain is that economists will have to learn to live with messiness.«
(Krugman 2009: 36)

Der soeben in aller Kürze entfaltete Überblick über das gewählte Forschungsdesign bedarf weiterer einführender Darstellungen und Beispiele. Skizzieren lässt sich die vorliegende wirtschaftssoziologische Perspektive an der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009, auf die eine nicht minder verheerende europäische Staatsschuldenkrise folgte. Spätestens dort hat auch die breite Öffentlichkeit von den komplexen Zusammenhängen jenseits ›guten‹ Regierens und ›rationalen‹ Entscheidens Notiz genommen und ist mitunter auf die fragwürdige Rolle neoklassischer Wirtschaftstheorien aufmerksam geworden. Denn als Auslöser der globalen Verwerfungen kam nicht etwa ein *exogener* Schock – z.B. in Form einer Naturkatastrophe oder einer Rohstoffverteuerung infolge kriegerischer Auseinandersetzungen – in Betracht, auch wenn viele Analysen und Kommentare zunächst das Bild eines *von außen* in die Märkte hereingebrochenen Naturereignisses zeichneten. Vielmehr aber war der Crash, wie schon die Dotcom-Blase von 2000, das Produkt einer *endogenen* Instabilität der Finanzmärkte und nur das vorläufige Ende einer Kette von krisenhaften Ereignissen (vgl. Minsky 2011). Zunächst viel der Blick auf ansteigende Kreditausfallraten am US-amerikanischen Hypothekenmarkt, der intransparenten Kreditverbriefungen aufsaß, die weltweit dichte Risikonetze zwischen den Bankbilanzen gebildet hatten und in der Folge unter Druck gerieten. Ihr Wert schien gesichert, so lange Ratingagenturen hierfür Bestnoten (AAA) vergaben und politische Aufsichtsbehörden, Wirtschaftswissenschaften, Investmentbanken und andere Marktteilnehmende in einem Gemisch aus kalkulativen Prognosen und »animal spirits« (Keynes) den Ratings folgten.⁷

Die Krise legte in ihrer Eigendynamik ein eindrucksvolles Zeugnis davon ab, wie eng die Verflechtung der »Märkte« mit den *technologischen* Möglichkeiten und Grenzen des alten Informations- wie des heraufziehenden algorithmischen Digitalzeitalters (vgl. Esposito 2014) tatsächlich ist. Dies zeigte sich auch am Komplex aus wirtschaftswissenschaftlichen Theorien und marktgängigen Finanzprodukten, die hieraus hervorgingen (vgl. Faulhaber/Baumol 1988).⁸ Die Komplexität der Hy-

7 Siehe Senge/Beyer (2018: 3-46) für eine soziologische Reflexion der Finanzkrise.

8 Dies zeigt sich exemplarisch an der Rolle von Robert C. Merton, der das mit einem Wirtschaftsnobelpreis gekrönte Black-Scholes-Modell zur Risikobewertung von Aktienoptionen

bridprodukte aus Finanzwissenschaft und -wirtschaft überstieg rückblickend nicht nur die Kunstfertigkeiten aller involvierten Staats- und Konzernführungen. Noch erheblicher war, dass sie eine *Krise der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften* offenbarte, die, »as a group, mistook beauty, clad in impressive-looking mathematics, for truth« (Krugman 2009: 36). Eine in höchstem Maße einflussreiche akademische Zunft, die die Ästhetik mathematischer Gleichungen mit wissenschaftlichen Wahrheiten verwechselte und hierdurch zur Architektin einer globalen Finanzkrise wurde, obwohl sie doch glaubte, gerade durch die Brillanz ihrer Modellrechnungen den *Markt* als Ort dauerhafter Prosperität und gesellschaftlicher Problemlösungskompetenz *gefunden* zu haben?

So selbstkritisch wie Paul Krugman, selbst Ökonom und Nobelpreisträger für Wirtschaft, bewerteten es längst nicht alle in den Wirtschaftswissenschaften. Dies stellt allerdings auch keine Überraschung dar, denn die These von der *recheninduzierten Marktgläubigkeit*, die plötzlich im öffentlichen Raum stand, rüttelt massiv am akademischen Selbstverständnis der Disziplin. Hier stellte sich plötzlich im Angesicht der Krise mit all ihren lebensweltlichen Konsequenzen eine schwerwiegende Frage: Handelte es sich nun schlichtweg um ein »Marktversagen«, das die Wirtschaftswissenschaften *von außen* mit ansehen mussten und bloß objektiv konstatieren konnten oder hatten sie durch ihre eigenen theoretischen Beschreibungen, modellhaften Rechenapparaturen und statistischen Evidenzen aktiv an der Konstruktion der krisenhaften Vorgänge mitgewirkt? Hatte die Mainstream-Ökonomik die Krise also nicht kommen sehen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Weil sich »messiness« (ebd.) schlichtweg nicht modellieren lässt, dem Ökonomischen dennoch inhärent ist?

Wie die hier erneut zum Vorschein kommende Unsicherheit über die Frage, wie das Ökonomische theoretisch zu bestimmen ist, nun letztlich behoben werden kann, ist Aufgabe der vorliegenden Arbeit. Überraschenderweise finden derlei Verunsicherungen ihren Widerpart in der beinahe schon selbstverständlichen Deutungshoheit, die wirtschaftlichen Dynamiken für ein soziologisches Verständnis von Gesellschaft zugestanden wird. Angefangen bei kritischen Kapitalismus- bzw. Gesellschaftstheorien à la Marx, über die Frankfurter Schule bis hin zu neueren Ansätzen einer finanzkapitalistischen »Landnahme« (Dörre et al. 2009, Dörre 2012) erblickt Gesellschaftstheorie im Ökonomischen in erster Linie eine kapitalistische Produktionsweise, die mehr ist als »nur« ein Wirtschaftssystem. Dem Kapitalismus wird dort der Status einer gesellschaftlichen *Totalität* zuerkannt, die das übergreifende Strukturelement moderner Gesellschaften darstellt. Und so findet letztlich

(Derivaten) mitentwickelte und zugleich Mitgründer eines zeitweilig sehr erfolgreichen Hedgefonds gewesen ist. Siehe Faulhaber/Baumol (1988) für eine Darstellung anderer »Innovationen« der Wirtschaftswissenschaften, die in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Anwendung gefunden haben.

die oben bereits skizzierte, als »Ökonomismus« der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften kritisierte, Verabsolutierung ökonomischer Theorien und Methoden für gesellschaftliche Zusammenhänge seinen Widerhall – wenn auch in entgegengesetzter Richtung – in marxistisch inspirierten Gesellschaftsanalysen.

Es liegen jedoch gesellschaftstheoretische Alternativen zu dieser Perspektive vor. Unter einem *differenztheoretischen* Blickwinkel auf moderne Gesellschaften etwa – wie er seit den 1970er Jahren u.a. von Seiten der soziologischen Systemtheorie entwickelt wurde – verlieren Gesellschaften ihr kapitalistisches Movens und dekomponieren in funktional eigenständige Teilbereiche (wie Recht, Wirtschaft, Politik, Kunst, Erziehung, Wissenschaft etc.). Auf Grundlage eines spezifischen *Wertbezugs*⁹ verfügen diese über operative *Autonomie* und stehen nur mittelbar in Verbindung zu anderen Bereichen.¹⁰ Die (kapitalistische) Wirtschaft wird so zu einem eigenständigen Funktionssystem neben anderen herabgestuft und büßt grundsätzlich ihre alles überragende gesellschaftstheoretische Strahlkraft ein. Die theoretische Auseinandersetzung wird trotz ihrer langen Historie weiterhin mit einiger Unnachgiebigkeit geführt: Während die eine Seite materialistische Gesellschafts- und Staatskritik übt, kritisiert die neuere Gesellschaftstheorie lediglich das »überkommene Denken« der anderen und behauptet: »Ich sehe was, was Du nicht siehst« (Luhmann 1990; siehe auch schon die ältere Kontroverse zwischen Habermas und Luhmann 1971).

Die Debatten zur Ökonomisierung der Gesellschaft laufen dann darauf hinaus, entweder eine »funktionale Entdifferenzierung« (Vogl 2015; siehe auch Richter 2009) zwischen Politik, Recht, Wissenschaft und Wirtschaft unter (finanz-)kapitalistischen Vorzeichen am Werke zu sehen, oder in entgegengesetzter Richtung Ökonomisierung lediglich als »Optionssteigerung« (Nassehi 2012) der Wirtschaft zu verstehen, die auf dem kommunikativen Eindringen ökonomischer »Semantiken« in nicht-ökonomische Teilsysteme der Gesellschaft beruht, was die autonome Operationsweise der Teilsysteme aber nicht tangieren soll. Forschungen zu Ökonomisierung mit gesellschaftstheoretischer Agenda handeln sich letztlich den anspruchsvollen Auftrag ein, »das kapitalismustheoretische Defizit der Differenzierungstheorien und das differenzierungstheoretische Defizit der Kapitalismustheorien zu überwinden« (Mohan 2018: 13).

9 Für die Wissenschaft wäre dies etwa das Formulieren wahrer Aussagen, für das Recht das Sprechen von Recht, für die Wirtschaft das Auslösen von Zahlungen, für die Politik das Treffen von kollektiv bindenden Entscheidungen.

10 Die Vermittlung der autonom operierenden Bereiche ist häufig der theoretische Knackpunkt, an dem sich die gesellschaftstheoretischen Kontroversen entzünden. Luhmanns Begriff der Interpenetration bzw. strukturellen Kopplung ist nach wie vor umstritten, eine »Lösung« nicht in Sicht. Latours Ansatz der Existenzweisen, der auf netzwerkartige Verknüpfungen abstellt, verspricht hier eine genauere Analyse der realen Verhältnisse zwischen differenzierten Domänen bzw. Wissensgebieten. Eine ausführliche Diskussion findet sich unter 3.4.

Dem gesellschaftstheoretischen Auftrag, die umstrittene »Prominenz kapitalistischer Wirtschaft in den Griff zu bekommen« (Kühl 2004: 38), hat sich in jüngerer Zeit eine dritte Perspektive angenommen, der sich auch die vorliegende Arbeit verpflichtet fühlt. Was sich allgemein als wirtschaftssoziologische Zahlenforschung¹¹, genauer als Soziologie des Rechnens und Bewertens oder schlicht »Zahlensoziologie« (Mennicken/Vollmer 2007: 11) bezeichnen lässt, zäumt das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft zunächst von der Beobachtung einer gestiegenen Bedeutung von »Zahlen und Kalkulationen für die moderne Gesellschaft« (Vormbusch 2018: 278) her auf. Die gesellschaftliche Allgegenwart von Zahlen und Berechnungen in Form von Preisen, Bilanzen, Schulnoten, Wahlergebnissen, Einschaltquoten, PISA-Rankings, Geburts- und Sterblichkeitsraten, Sporttabellen, numerischen Produktbewertungen im Internet und dergleichen mehr wird zum Anlass genommen, nach der Bedeutung von »Zahlenwerken« (Mennicken/Vollmer 2007) für gesellschaftliche Ordnungsbildung zu fragen (siehe u. a. Geißler 2016; Heintz 2010, 2012; Hopwood/Miller 1994; Kornberger et al. 2019; Latour 2014; Mau 2017; Mennicken et al. 2016; Miller 2001; Power 1997; Rose 1991; Vollmer 2003, 2013; Vormbusch 2012).

Gemeinsamer Bezugspunkt soziologischer Zahlenforschung ist die Annahme, dass sich die Rolle von Zahlen im täglichen Gegen- und Miteinander moderner Gesellschaften nicht in der bloßen Abbildung von Tatsachen in Form numerischer Werte, der neutralen Repräsentation objektiver Wahrheiten und errechneter Fakten erschöpft. Vielmehr gehen – wie oben bereits am Beispiel der Finanzkrise ersichtlich wurde – von *kalkulativen Praktiken* und einem spezifischen *Zahlengebrauch* »konstruktive und wirklichkeitsgenerierende Effekte« (Mennicken/Vollmer 2007: 10) aus. Die generativen Eigenschaften von Zahlen versetzen Gesellschaften somit nicht zwangsläufig in eine deterministische Planungsstarre oder zwingen diese unter das Joch des Kapitalismus. Vielmehr eröffnen sie auch Chancen, einer unsicheren Zukunft Gestaltungsspielräume und Handlungsautonomie abzurufen (vgl. Miller 2001), auch wenn sie im Umgang stets überraschen, verunsichern und überfordern können. Verstanden als »Kulturtechnik des Schreibens von Wert« (Vormbusch 2012: 24) erzeugen Zahlen und Kalkulationen Wertobjekte und Wertbezüge zwischen diesen Objekten. Sie stellen hierdurch neue Kontexte für tradiertes Wissen, Gewohnheiten, Normen und Handlungsorientierungen her. Gesellschaften werden so mit Mitteln zur Selbstreflexion und Handlungsanreizen gleichermaßen versorgt (siehe auch Helgesson/Muniesa 2013). In Anlehnung an die

11 Auch im internationalen Diskurs hat sich bislang kein einheitlicher Begriff etabliert. Es zeigen sich große Überschneidungen zu den »accounting studies« (siehe Hopwood/Miller 1994) sowie insbesondere zu neueren Diskurssträngen, die unter dem label »valuation studies« firmieren. Siehe zu letzteren die 2013 gegründete Fachzeitschrift »Valuation Studies« bzw. Helgesson/Muniesa (2013).

viel zitierten elf Marx'schen Thesen zu Feuerbach¹² lässt sich die *kalkulative Praxis* der Wirtschaftswissenschaften, wie sich an der Finanzkrise eindrücklich zeigte, entgegen der gängigen Selbstdarstellung als eine charakterisieren, die sich nicht damit begnügt, ökonomische Sachverhalte zu beschreiben und objektiv darzustellen, sondern der es darauf ankommt, Wirtschaft durch *Inwertsetzungen* aktiv hervorzubringen und zu gestalten. Wie genau dies geschieht und welche Einsichten sich hierüber für den Begriff der Ökonomisierung gewinnen lassen, ist Gegenstand der theoretischen und empirischen Untersuchung.

Für ein Verständnis von Ökonomisierung kündigt sich hiermit eine *praxistheoretische* Perspektive an, die den diplomatischen Versuch unternimmt, zwischen den antagonistischen Positionen zu vermitteln: Zwischen einer die Totalität der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausgang nehmenden historisch-materialistischen Gesellschaftsanalyse auf der einen Seite.¹³ Und einer differenztheoretischen Sichtweise, die Gesellschaft als »multiplen Horizont« (Nassehi 2012: 404) mit spezifisch autonomen Wertbezügen versteht, auf der anderen Seite. Mit Rekurs auf Latours zahlensoziologischen Vorschlag zum Begriff der Ökonomisierung werden sowohl die Marx'sche Materialität sozialer Praxis auf der einen als auch die differenztheoretischen Einsichten der Systemtheorie auf der anderen Seite mitvollzogen. Die vorliegende Arbeit unterbreitet den Vorschlag, *Ökonomisierung* aus dem *Verhältnis von Autonomie und Kalkulation* praxistheoretisch zu bestimmen. Damit wird das Krähensternchen der Systemtheorie sowie das marxistische Spiegelkabinett des objektiven bürgerlichen Verblendungszusammenhangs einstweilig verlassen, um sich mit Latour (2014), der versucht, das Soziale »flach zu halten« (ders. 2007), in die Niederungen und das Dickicht sozialer Praxis zu begeben. Damit verbindet sich die Hoffnung, wenigstens Ansätze (wenn schon keine abschließenden Antworten) zur Erläuterung des angerissenen Problemhorizonts zu erlangen, der im Rahmen einer Qualifikationsarbeit sicherlich nicht in Gänze erschlossen werden kann. Ganz im Stile eines praxissoziologischen Zugangs wird nach einer *empirischen* Antwort auf

-
- 12 In den 11 Thesen über Feuerbach (Marx 2004: 149ff., Hervorhebungen im Original, [1845]) heißt es in der ersten These: »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv. Daher die tätige Seite abstrakt im Gegensatz zum Materialismus von dem Idealismus – der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt – entwickelt.« Die elfte und letzte These fasst daraufhin zusammen: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.«
- 13 Auch wenn, wie Mohan (2018: 79-113) im Anschluss an Lars Meyer und Hanno Pahl argumentiert und ausführlich dargelegt hat, im Marx'schen Denken differenztheoretische Einsichten eine Rolle gespielt haben, ändert dies wenig am Festhalten Marxens an »Hegels Unterscheidung von politischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft [...] als Bestimmung der wesentlichen, objektiven Struktur der modernen Gesellschaft.« (ebd.: 81)

die Frage gesucht, was es mit dem Begriff der Ökonomisierung auf sich hat und welche theoretischen Rückschlüsse aus dem am Text- und Beobachtungsmaterial zu studierenden Erfahrungen zu ziehen sind.

1.2 Die Ökonomisierung der organisierten Krankenbehandlung

»Es scheint, dass man der Institution Krankenhaus unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr so recht trauen kann, was wiederum die Belastungen für alle Beteiligten noch zu erhöhen scheint.«
(Bode/Vogd 2016: 2)

Das zeitgenössische Gesundheits- und Krankenhauswesen kann als Paradebeispiel eines unter Ökonomisierungsdruck geratenen Gesellschaftsbereichs gelten. Während sich in den USA bereits Mitte der 1970er Jahre mit aller Vehemenz ein Wandel ankündigte (siehe Freidson 1976; Samuel et al. 2005), befindet sich die Krankenversorgung in Deutschland mit einiger Verzögerung seit den frühen 1990er Jahren in einem »epochalen Strukturwandel« (Bode 2010a), der äußerst vielseitig und von großen Auseinandersetzungen geprägt ist. Bis in die 1970er Jahre hinein arbeitete die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik am Aufbau einer wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsstruktur, die den flächendeckenden Zugang zu qualitativ hochwertigen Versorgungsleistungen als Teil einer staatlich garantierten sozialen Daseinsvorsorge ermöglichen sollte. Die alte bürokratische Krankenhauslandschaft war dann auch gekennzeichnet von immensen Investitionen in Gebäude, Medizintechnik, die Professionalisierung des Personals und den Aufbau einer forschungsintensiven Universitätsmedizin. Vor allem aber war sie von einer *professionellen Dominanz* (vgl. Freidson 1975a) der Ärzt*innenschaft geprägt, die ihre *medizinische Autonomie* interessenpolitisch organisieren und am einzelnen Patient*innenfall nach Maßgabe kollektiv selbstbestimmter Regeln und erzielter Wissensbestände praktizieren konnte (siehe Rohde 1974).

Seit den 1980er Jahren aber ist das zu großen Teilen realisierte wohlfahrtsstaatliche Vorhaben von einer »Doppelwirklichkeit« (Bode 2010a: 203) eingeholt worden: Neben der Orientierung an einer weiterhin zu steigernden *medizinischen Versorgungsqualität* hat sich die Erwartung etabliert, dass medizinische Leistungen auch den Kriterien *wirtschaftlicher Effizienz* zu genügen haben. Der von Rufen nach »Kostendämpfung« begleitete ordnungspolitische Wandel setzte hierfür sukzessive auf die Einführung wettbewerblicher Elemente in Form von gestiegenen Wahlfreiheiten bei Patienten und Krankenkassen (vgl. Manzei/Schmiede 2014). Maßgeblich forciert wurde er auch durch Gesetzesinitiativen, die auf eine Umkehr

in der Krankenhausfinanzierung setzten (vgl. Gerlinger 2014; Klinke 2008; Simon 2000a, 2016). Mit Hilfe von globalen Budgetobergrenzen für Gesundheitsausgaben, prospektiven Vergütungsverträgen zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern sowie Leistungspauschalierungen sollen »Effizienzreserven« (vgl. Augurskey et al. 2009) bei Krankenkassen und Krankenhäusern gehoben werden. Diese Entwicklung kulminierte 2003 in der Einführung eines flächendeckenden *Fallpauschalensystems*, welches das bisherige Vergütungsverfahren für stationäre Krankenhausleistungen auf Grundlage tagesgleicher Pflegesätze ablöste. Wurden Krankenhausleistungen bis dato *rückwirkend* von den Krankenkassen mit Blick auf die tatsächlich entstandenen Behandlungskosten der Krankenhäuser vergütet, verhandeln beide Seiten nunmehr *prospektiv*, welche Leistungen erbracht und abgerechnet werden können. Dies wird möglich mit Hilfe eines komplexen statistischen Klassifikations- und Vergütungssystems für medizinische Leistungen auf Grundlage der sog. DRG (»diagnose-related groups« oder zu Deutsch »diagnosebezogene Fallgruppen«). Mit den DRG werden Durchschnittskosten für alle ärztlichen Tätigkeiten (Diagnose und Therapie) berechenbar, die zur Grundlage der Vergütung erklärt werden. Die neue Systematik abstrahiert fortan von den tatsächlich anfallenden Behandlungskosten und vergütet, was medizinische Leistungen *durchschnittlich* an Ressourcen verbrauchen und damit kosten. Die DRG fungieren somit als Einheitspreise für Leistungen von Krankenhäusern, deren Kosten pauschal erstattet werden, insofern sie ihre medizinischen Aktivitäten im Rahmen der Fallgruppensystematik klassifizieren und sachgerecht kodieren.

Hierdurch soll die *Leistungstransparenz* erhöht, numerische Vergleiche von Leistungen und Ressourcenverbräuchen zwischen Krankenhäusern sowie zwischen medizinischen Fachbereichen erleichtert und letztlich ein weiterer Anreiz zur Effizienzsteigerung gesetzt werden. Aus der neuen Ordnungspolitik ergeben sich somit auch höhere Ansprüche an die individuelle *Rechenschaftslegung* der Krankenhäuser. Einerseits wird deren medizinischer *Output* mit Hilfe von Kosten-Nutzen-Analysen und Evaluationen, durchgeführt von einer seit den 1980er Jahren sich entwickelnden *Gesundheitsökonomie* und Gesundheitssystemforschung (Public Health Forschung, Epidemiologie, Evidence-Based Medicine), in bislang nicht gekannten Ausmaßen vermessen und bewertet. Andererseits sind Krankenhäuser angehalten, verstärkt in betriebswirtschaftliches Personal und den Aufbau von Strukturen der Kostenkontrolle zu investieren und Managementinstrumente zu entwickeln, die es ihnen erlauben sollen, »medizinische Leistungssteuerung« (Simon 1997) zu betreiben.

Doch ob die Kontroll- und Bewertungspraktiken in Form des kaufmännischen und medizinischen Controllings sowie des Qualitätsmanagements eine bessere Verteilung der verfügbaren Mittel auf unterschiedliche, widerstreitende Ziele innerhalb des Krankenhauses *zugunsten* der Versorgung der Patient*innen ermögli-

chen, scheint strittig (vgl. Bode/Vogd 2016; Maio 2014).¹⁴ Hier stellt sich spätestens die Frage, wie die *Quadratur des Kreises* einer gleichzeitigen Qualitäts- und Effizienzsteigerung gelingen kann, wenn medizinische Behandlungsqualität etwas anderes bedeuten soll als ein effizienter betriebswirtschaftlicher Mitteleinsatz. Dies wird insbesondere deshalb zur gesundheitspolitischen Gretchenfrage, da der institutionelle Finanzrahmen für Krankenhausleistungen als »Nullsummenspiel« angelegt ist, wonach die

»einzelnen Fallpauschalen [...] qua Orientierung an einem statistischen Mittelwert so adjustiert [sind, K. M.], dass *kein* Win-win-Spiel entstehen kann, denn die Konzeption der Mittelwerte impliziert, dass die meisten Fälle *darüber-* oder *darunter* liegen. Die Anlage des Kalküls produziert zwangsläufig ökonomische Verlierer, die mittelfristig gezwungen sind, das Feld zu verlassen, und Gewinner, die Renditen einstreichen können, die sich dann gegebenenfalls profitversprechend reinvestieren lassen, ohne dass die Entscheidung, welche Einrichtung den Markt verlassen muss, an Qualitätskriterien rückgebunden wird – es trifft eben den, den es trifft.« (Bode/Vogd 2016: 4f., Hervorhebungen im Original)

Der hieraus resultierende ökonomische Druck¹⁵ setzt das moderne Krankenhaus zugleich »moralischem Stress« (ebd.: 2) aus. Aus Sicht der medizinisch-pflegerischen Orientierung am kranken Menschen erscheint nämlich zunächst grundsätzlich unklar, wie *medizinische Ziele* durch medizinfremde Krankenhausakteur*innen des kaufmännischen und medizinischen Controllings und Qualitätsmanagements und in Folge gesundheitsökonomischer Evaluationen und Expertisen kontrolliert

14 Das sich mit dem Thema Ökonomisierung neben den DRG auch andere quantifizierende bzw. kalkulative Messinstrumente – insbesondere aus dem Bereich des Qualitätsmanagements – verbinden, wird im Laufe der empirischen Analysen mehrmals deutlich und mit Blick auf die typologischen Rekonstruktionen (sinngenetische Typologie und Arrangements im Management) auch mitvollzogen. Auch wenn sich hieraus u. U. abweichende theoretische Betrachtungen für die Analyse von Quantifizierungsregimen ergeben können (siehe z.B. Kornberger et al. 2019 in Richtung »denkender« kalkulativer Infrastrukturen sowie Reilley/Scheytt 2019 für eine diesbezügliche Perspektive auf Gesundheitsversorgung; oder Menicken/Espeland 2019, die auf die vielfältigen, mehrdeutigen Formen von Quantifizierung abstellen), firmieren alle Kennziffern – so die hier vertretene wirtschafts- und organisationssoziologische Ansicht – doch letztlich unter dem gemeinsamen Horizont einer durch das Krankenhausmanagement vorangetriebenen wettbewerbs-, effizienz- und erlösorientierten Leistungsproduktion.

15 Bei der Entstehung des ökonomischen Drucks spielen noch andere Aspekte der DRG sowie die mangelhafte Bereitstellung von Investitionsmitteln durch die hierfür zuständigen Bundesländer eine Rolle. Ausführliches hierzu im Kapitel über den neuen ordnungspolitischen Rahmen der Gesundheitspolitik unter 4.2.

und erreicht werden können.¹⁶ Hinzu kommen auch medizininterne Entwicklungen der letzten Jahrzehnte: In Form der evidenzbasierten Medizin hat eine auf statistischen sowie experimentellen Kontrollstudien basierende Umorientierung eingesetzt, die medizinische Behandlungsentscheidungen an empirischen Evidenzen ausrichtet und hierdurch zu standardisieren sucht (vgl. Vogd 2002; grundlegend: Cochrane 1972). Um einen ersten Eindruck zu erzeugen, wie die gegenwärtigen Zustände im Krankenhaus unter der hier zu entfaltenden Perspektive mitunter erlebt werden, soll an dieser Stelle nicht etwa das ärztlich-pflegerische Personal zu Wort kommen, sondern der Unternehmenscontroller eines großen Krankenhauses, dessen ironische Ausführungen implizit schon einiges über die Situation des professionellen Personals und die Gesamtsituation im Krankenhaus verraten:

»Ein Mensch im Ballon hat die Orientierung verloren und fragt einen am Erdboden stehenden Beobachter, über den er hinweg gleitet, wo er sei. Dieser antwortet: »Sie befinden sich im Korb eines Heißluftballons in neun Metern Höhe und bewegen sich mit zwei Metern pro Sekunde in west-südwestlicher Richtung«. Der Ballonfahrer äußert die Vermutung, die Person am Boden sei ein Controller, da die Information zwar äußerst präzise, für ihn aber vollkommen nutzlos sei, die Person den Zweck seiner Frage missverstanden habe und ihm nicht weiterhelfe. Der am Boden ruft ärgerlich zurück, der Ballonfahrer sei wohl ein Manager, denn er wisse weder, woher er gekommen ist, noch wo er sei und zudem wäre er nicht in der Lage, *sinnvolle Fragen* zu stellen, die ihn dorthin bringen würden, wo er hinmöchte. Zu guter Letzt würde er *andere* für seine Unfähigkeit verantwortlich machen. In vielen Unternehmen, und gerade auch in Krankenhäusern ist die in dem Witz dargestellte Situation die normale Realität im Controlling. Ist das Controlling in seiner klassischen Form oder auch das neu aufgekommene medizinische Controlling überhaupt ein geeignetes Werkzeug, um im Spannungsverhältnis von ökonomischen Zwängen und attraktiven Arbeitsbedingungen den richtigen Weg zu finden?« (Grube 2013: 55, Hervorhebungen K. M.)

1.3 Gang der Argumentation

Die vorliegende Arbeit gliedert sich wie folgt:

Im ersten Teil (Kapitel 2 und 3) wird ein metatheoretischer Rahmen entwickelt, der die zentrale Absicht erfüllt, gesellschaftliche Ökonomisierung aus einer praxis-

16 Seit einigen Jahren werden sog. Pay-for-Performance-Modelle erarbeitet, die medizinische Behandlungsqualität quantitativ bemessen und die dann festgestellten Qualitätsunterschiede auch an finanzielle Leistungen koppeln sollen. Für einen kritischen Überblick hierzu siehe Weigel (2018) sowie die Ausführungen unter 4.2.2 und die empirischen Analysen unter 6.

und organisationstheoretischen Perspektive mit besonderer Aufmerksamkeit für das Verhältnis von Autonomie und Kalkulation zu erschließen.

Hierzu wird zunächst in Kapitel 2 eine begriffs- wie ideengeschichtliche Einordnung des Diskurses um den Begriff der Ökonomisierung geleistet, die sich vor allem für die liberalistische Seite der Debatte interessiert. Um den performativen Charakter der Wirtschaftswissenschaften nachzuvollziehen, kommt die Darstellung zunächst auf die Ausdifferenzierung der Wirtschaft als Analysefeld einer eigenständigen, am Ideal der Naturwissenschaften orientierten Wirtschaftswissenschaft (klassische Nationalökonomie). Anschließend wird die Ideengese des Marktes als Ort einer unter Knappheitsbedingungen sich selbst regulierenden Ordnungsfigur diskutiert. Beide Aspekte – eine quantitative, an physikalischen Gesetzen orientierte Wirtschaftswissenschaft und die Idee eines eigengesetzlichen Marktes – scheinen sich immer weiter von einer wertbasierten, sittlichen Ordnung der Gesellschaft zu entfernen, deren Teil wirtschaftliche Zusammenhänge bislang im Rahmen *moralphilosophischer* Anschauungen (exemplarisch bei Adam Smith) stets gewesen sind.

Daraufhin wird die gesellschaftstheoretische Ökonomisierungsthese von Karl Polanyi (1978 [1944]) vorgestellt, der behauptet, mit dem Aufkommen der Industrialisierung habe die neu geschaffene Institution des Marktes sich aus dem Bett der Gesellschaft emanzipiert und diese postwendend zu ihrem »Anhängsel« gemacht. Entgegen der Idee einer »Entbettung« und Konvergenz von Wirtschaft und Gesellschaft in einer »Marktgesellschaft« wird das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft daraufhin aus dem Foucault'schen Blickwinkel als funktionales Verhältnis von Macht und Wissen innerhalb einer historisch-spezifischen Gouvernementalität diskutiert. Es wird hier argumentiert, dass weder Polanyis Konvergenzthese differenztheoretisch überzeugt, noch Foucaults Machtanalytik für ein gesättigtes Verständnis von Ökonomisierung ausreicht, da das Verhältnis zwar vor allem mit Blick auf Rechenapparaturen (statistische »Sicherheitspositive«) angelegt ist, die im Rahmen der Arbeit besonders interessieren, gleichzeitig aber dem Eigensinn von Organisationen und der Existenz autonomer Wertbezüge in Gesellschaften nicht genügend Rechnung getragen wird. Ein stärkeres Interesse für Organisationen (und Ordnungsbildung durch Selbstorganisationsprozesse) hat die in syntaktischer Nähe zu Foucault sich gerierende Governance-Forschung entwickelt, allerdings werden Organisationen hier auf eine institutionalistische Perspektive (Regelungsstrukturen) verkürzt.

Da dem Phänomen der Ökonomisierung aus Sicht der vorliegenden Arbeit so nicht beizukommen ist, werden zunächst Prämissen formuliert, die in Zusammenhang mit dem soeben dargestellten Ökonomisierungsdiskurs und dem hier zu entwickelnden Entwurf stehen, Ökonomisierung als Verhältnis von Autonomie und Kalkulation praxis- und organisationstheoretisch aufzuschließen. Es werden insgesamt vier Prämissen diskutiert: Im Rahmen der ersten Prämisse »Autono-

mie« wird der Begriff aus gesellschafts-, institutionen- und professionstheoretischer Perspektive in Augenschein genommen und gezeigt, wie er im Rahmen von Arbeiten zu Ökonomisierung bislang Verwendung gefunden hat. Letztlich wird für eine professionssensible Auslegung des Begriffs plädiert, da hierdurch auch praxistheoretische Annahmen mitgeführt werden können. Die zweite Prämisse »Rationalisierung« stellt auf die von Max Weber prominent gemachte Diagnose der Moderne als Kultur der Rationalisierung ab, die auch häufig in Zusammenhang mit Ökonomisierungsdiskursen – nicht zuletzt von Seite der Ökonomisierungsbefürworter*innen – aufgegriffen wird. Weber fasst den Begriff komplex und verortet ihn auf drei Ebenen (Institution, praktische Lebensführung und Weltbilder). Er kann als wichtiger Impulsgeber für eine Betrachtung von Gesellschaft gelten, die auf die Bedeutung von Kalkulationen und Zahlen abstellt, gleichwohl sein Forschungsprogramm selbst rationalistisch aufgestellt ist und sich in entscheidenden Hinsichten (vor allem die Institutionen- bzw. Bürokratietheorie, die unter 3.3.2 diskutiert wird) mit idealtypischen Formalbetrachtungen zufriedengibt.

Um den von Weber beschriebenen Rationalisierungsprozess der Moderne stärker in Richtung der kalkulativen Praktiken zu rücken, wird unter der dritten Prämisse »Quantifizierung und Vergleich« geklärt, was eigentlich vor sich geht, wenn Dinge quantifiziert werden und diese eine »numerische Differenz« (Heintz 2010) erzeugen. Über die zählbaren Unterschiede wird zu den numerischen Vergleichen übergeleitet, die als soziale Einrichtungen das Kunststück vollbringen, Gleiches und Differentes in einem Ordnungsrahmen (z.B. als eine Bewertungsskala ärztlicher Leistungen) unterzubringen. Damit wird offensichtlich, dass es bei Ökonomisierungsvorgängen sowohl zu Wertbemessungen (X erhält einen numerischen Wert) als auch zu Wertschätzungen und -differenzierungen im Sinne sozialer Kategorisierungen (X hat im Vergleich zu Y einen größeren oder kleineren Wert mit Blick auf Kategorie Z) kommt. Zu guter Letzt wird mit der vierten Prämisse »Kalkulation« auf eine verwandte, aber doch von der Quantifizierung und numerischen Vergleichung zu unterscheidende Rechenoperation abgestellt, die für Ökonomisierungsvorgänge entscheidend ist: die Ausrichtung an einer erwerbsmäßigen Zukunft. Die Thesen von Weber und Werner Sombart zur Logik der doppelten Buchführung, zur Funktion des Geldes und die erwerbslogische Differenzierung von Haushalt und Betrieb werden diskutiert, um dann auf Lesarten (u.a.: Bröckling 2007; Miller 2001; Vormbusch 2004) abzustellen, die sich stärker für die soziale Praxis und lebensweltliche Ambivalenz der Kalkulationen fernab rationalistischer Zuschreibungen interessieren.

Im dritten Kapitel erweitert sich das bis dato entworfene Theoriegerüst in Richtung einer praxis- und organisationstheoretischen Perspektive auf Ökonomisierung. Das Feld der Praxistheorien wird vor allem von Seiten Pierre Bourdieus aufgerollt, dessen Habituskonzept für die vorliegende Arbeit insofern instruktiv ist, als dass es dabei hilft, die Prämisse einer sozialen (bzw. professionellen) »Autono-

mie« als implizites Erfahrungswissen praxistheoretisch zu konkretisieren. Bourdieus Theorie sozialer Felder und Soziologie als Ökonomie der Praxis wird diskutiert, jedoch nicht weiterverfolgt, da in Bourdieus Theorieanlage kein Interesse für die Eigenlogik von Organisationen auszumachen ist. Anschließend werden verschiedene Organisationstheorien auf der Suche nach Beschreibungen diskutiert, die für die Analyse von Ökonomisierungsvorgängen und kalkulativen Praktiken relevant erscheinen und zugleich ein Gespür für die spezifischen Probleme vermitteln, die Organisationen bearbeiten. Die Auseinandersetzung beginnt mit dem Taylorismus, dessen Programm es war und ist, das in Industrieorganisationen vorzufindende Erfahrungswissen von Arbeiter*innen zugunsten einer wissenschaftlichen Betriebsführung (»scientific management«) zurückzudrängen. Bürokratische Theorien der Organisation stellen hingegen auf Koordination durch Formalstrukturen und hierarchische Regelbefolgung ab. Sie vernachlässigen – für den Gang der Argumentation entscheidend – hierdurch die Existenz von Sozialisationsformen egalitärer Kollegialität (etwa innerhalb professioneller Berufsgruppen von Ärzt*innen, Pflegekräften, Sozialarbeiter*innen etc.) und mikropolitische Spiele, die in der Summe eine Charakterisierung bürokratischer Organisation als einem »stahlharten Gehäuse der Hörigkeit« (Weber) in Zweifel ziehen.

Die dritte Betrachtung von Organisationen stellt stärker auf die komplexen und unsicheren Verhältnisse ab, mit denen Organisationen im rekursiven »Prozess des Organisierens« (Weick 1995) konfrontiert werden. Eine unzureichende Klarheit von Zielen, Ressourcenabhängigkeiten, unzuverlässige Technologien, eine turbulente und äußerst vieldeutige Umwelt, unsichere Entscheidungen als Ausdruck einer unbekannteren Zukunft, illoyale Mitglieder, unzuverlässige Stakeholder, usf., stellen ausreichende Gründe dar, nach der eigenlogischen Praxis des Organisierens, dem spezifischen modus operandi von Organisationen zu fragen. Es wird u.a. mit Rekurs auf systemtheoretische Organisationstheorien (Luhmann 1972, 2003, 2006; Baecker 1999; 2014; 2017) die Bedeutung von operativen Fiktionen des Organisierens beleuchtet, mit deren Hilfe sich Organisationen von Entscheidung zu Entscheidung, von Bilanz zu Bilanz, von Projekt zu Projekt hangeln, ihre Mitglieder rekrutieren und zu künstlichen Verhaltensweisen motivieren können. Im praktischen »Als-Ob« (Ortmann 2004) erscheint ein Blick auf Organisationen, der kompatibel ist mit praxistheoretische Annahmen und den in dieser Arbeit entwickelten Blick auf Recheninstrumente und »Zahlenwerke« (Mennicken/Vollmer 2007: 10) der Ökonomisierung. Ihnen kommt genau jene Funktion zu: »Wirklichkeitsgrundlagen« (Vollmer 2004: 457) zu schaffen, die morgen wieder anders aussehen können. »Organisiertes Rechnen« (ebd.) firmiert dann als Praxis, vermittels derer sich Organisationsmitglieder an der Differenz unterschiedlicher Zukunftsszenarien ausrichten und hierüber Leistungsansprüche konstruieren, die als »Aspirationalisierung« (ebd.) durch Zahlen wirksam werden.

Diese Synthese mündet im nächsten Schritt in die Darstellung der Arbeit Latours (2014) zu den drei modernen Existenzweisen der Ökonomisierung. Nach einer Darstellung der differenztheoretischen Wende, die Latour mit dem Existenzweisen-Projekt vollzieht, wird sein Lieblingsthema vorgestellt: die blinden Flecke des westlichen Rationalismus zu erkunden, dessen Methode Latour für eine schlecht funktionierende »Institution« hält und als Existenzweise des »Doppelklick« [DK] bezeichnet. Mit Hilfe der drei ökonomischen Existenzweisen wird ein anthropologisches Verständnis von Ökonomisierung präsentiert, das vor allem die spezifisch wirtschaftlichen Erfahrungen des Besitzens, Berechnens und Organisierens fokussiert. Die drei Existenzweisen formen eine Prozesskette, die je für sich und doch nur gemeinsam, ein Inventar für Ökonomisierungsvorgänge darstellt, das hinreichend kompatibel zu den vorangegangenen praxis- und organisationstheoretischen Weichstellungen (vier Prämissen, Habituskonzept, organisationale Fiktionen und Aspirationalisierung durch Zahlen) erscheint.

Im zweiten Teil der Arbeit (Kapitel 4 bis 7) steht die empirische Untersuchung von Ökonomisierungsprozessen in deutschen Krankenhäusern im Vordergrund. Hierzu erfolgt im vierten Kapitel eine erste vom metatheoretischen Rahmen inspirierte Lesart des Strukturwandels im Krankenhaus- und Gesundheitswesen. Die Darstellung konzentriert sich anhand der drei Dimensionen »Finanzierung«, »Leistung« und »Organisation« sowohl auf das alte wohlfahrtsstaatliche Setting als auch auf die neue an Wettbewerb und Effizienz orientierte Ordnungspolitik. Insbesondere an den Recheninstrumenten und Kalkulationspraktiken des sich entwickelnden Settings, anhand der »medizinischen Leistungssteuerung« (Simon 1997) durch Fallpauschalen (DRG), Pay-for-Performance-Modelle als quantitative Rechen- und Bewertungsinstrumente zur Vergütung medizinischer Behandlungsqualität, Kosten-Nutzen-Analysen der Gesundheitsökonomie und einer auf Wettbewerb ausgerichteten Gesundheitspolitik, zeigt sich ein erstes wirklichkeitsgenerierendes Muster der Ordnungspolitik, das sich mit Latours Ökonomisierungsbegriff erhellen lässt. Gleichwohl ist damit noch nicht praxistheoretisch erschlossen, wie Ökonomisierungsprozesse erfahren und vollzogen werden und wie der medizinische Professionalismus, der das wohlfahrtsstaatliche Setting geprägt hatte, und die habituellen Träger desselben, die Ärzt*innen, auf den Einzug der gesundheitlichen Rechendisziplinen antworten.

Das fünfte Kapitel dient der Vorbereitung der empirischen Analyse insoweit, als dass hier das methodische Rüstzeug – die dokumentarische Methode (Bohnsack 2007, 2013a) – eingeführt und auf das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit hin gelesen wird. Neben einer Darstellung zentraler Begrifflichkeiten (formulierende und reflektierende Interpretation, Fallvergleich und funktionale Typenbildung) und Weiterentwicklungen einer von der dokumentarischen Methode vertretenen praxeologischen Wissenssoziologie, werden Studien vorgestellt, die mit Hilfe der dokumentarischen Methode Organisationen und Zahlen bzw. Kalkulationen em-

pirisch untersucht haben. Zuletzt folgt eine Darstellung der Erhebungsverfahren (Experteninterview, vgl. Meusser/Nagel 2002 und teilnehmende Beobachtung, vgl. Vogd 2006), die zur Anwendung kamen, sowie die Beschreibung des Samples, das der empirischen Untersuchung zugrunde liegt.

Im sechsten Kapitel, der empirischen Analyse, werden insgesamt vier Begriffs-paare (Transparenz und Mangel; Vergleich und Konkurrenz; Verantwortung und Aktivierung; Objektivität und Krankenhausökonomie) eingeführt, die sich im Rahmen der formulierenden und reflektierenden Interpretationen herauskristallisierten und jeweils ein Unterkapitel bilden auf dem Weg zu einem gesättigten Verständnis von Ökonomisierungsprozessen in Krankenhäusern. Sie bilden die zentralen funktionalen Bezugsprobleme (vgl. Bohnsack 2007; Vogd 2018a) im empirischen Material und stellen auf das grundsätzliche praxeologische »Orientierungsdilemma« (Przyborski 2004) im modernen Krankenhaus zwischen Autonomie und Kalkulation ab.

Im darauffolgenden siebten Kapitel werden die Analysen im Sinne einer sinn-genetischen Typenbildung (Bohnsack 2013a, 2014, 2017) zusammengeführt. Dies geschieht durch eine Darstellung von vier ärztlichen Handlungsorientierungen (»Erfüllungsgehilfe«, »Als-Ob Kooperation«, »Unternehmerischer Leistungsträger« und »Gemeinsame Mikropolitik«), die ausgehend von einer funktionalen Basistypik – die Spannung zwischen medizinischer Professionalität und ökonomischer Kalkulation aufrechtzuerhalten – rekonstruiert werden konnten. Darüber hinaus werden drei Management-Arrangements zwischen kaufmännischen Geschäftsführungen, Ärztlichen Direktionen und Chefärzten dargestellt: »Controllingbasierte Führung und Leistungsexpansion«, »Lose Kopplung« und »Gemeinsame ›Portfolioarbeit‹ vs. ›Top-Down‹ Steuerung«. Diese nehmen auf die vier sinn-genetischen Typen Bezug, gehen jedoch darüber hinaus und stellen auf die Frage ab, in welchen Konstellationen die Akteur*innen stehen und was jeweils für oder gegen ein gelingendes Arrangement im Management spricht. Anschließend wird unter 7.3 die Konklusion der Arbeit präsentiert, die sich aus den metatheoretischen und empirischen Analysen herausarbeiten lässt und eine (typologische) Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Autonomie und Kalkulation im zeitgenössischen Krankenhaus zu geben sucht. Unter 7.4 und 8. folgen dann noch ein krankenhausbbezogener und wirtschaftssoziologischer Ausblick.

